

„Für mich ist die Politik kein Job“

—

Zum 100. Geburtstag von Paul Lücke (1914–1976)

DENISE LINDSAY

Geboren 1964 in Bad Kissingen, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die aktuellen Debatten um eine Änderung des Wahlrechts in der Bundesrepublik rufen Erinnerungen an Paul Lücke wach: Obwohl Lücke erfolgreich den Wohnungsbau gefördert hatte und es ihm gelungen war, die Wohnungszwangswirtschaft der

Nachkriegszeit abzuschaffen, missglückte doch sein Versuch, eine Wahlrechtsänderung hin zu einer Form des Mehrheitswahlrechts durchzusetzen. Diesem Scheitern folgte sein legendärer Rücktritt aus Treue zu seinen Prinzipien. Das sehr persönliche politische Engagement Paul Lückes ging aus seinen Lebenserfahrungen hervor, insbesondere auch aus seinen Beobachtungen in der Weimarer Republik, in der er aufwuchs und deren Niedergang er miterleben musste.

Am 13. November 1914 kam Paul Friedrich Lücke als neuntes von vierzehn Kindern des Steinbrucharbeiters Wilhelm Lücke und seiner Frau Maria im Dorf Schöneborn zur Welt. Die Familie gehörte zur katholischen Minderheit im protestantisch geprägten Bergischen Land. Nach Beendigung



Paul Lücke (rechts) am 5. Januar 1966 bei der Sondersitzung des Bundeskabinetts anlässlich des 90. Geburtstages von Konrad Adenauer. © ullstein bild – bpk, Foto: Hilmar Pabel

der Volksschule – trotz seiner Begabung war ein Besuch der weiterführenden Schule aus finanziellen Gründen nicht möglich – begann er 1928 eine Lehre als Schlosser und legte die Gesellenprüfung ab. Paul Lücke betätigte sich aus innerer Überzeugung früh in der katholischen Jugend- und Laienbewegung. Dieses Engagement setzte er auch im NS-Regime fort, musste aber 1935 seinen Militärdienst leisten, nachdem die Nationalsozialisten die Wehrpflicht wieder eingeführt hatten. Danach besuchte er die Heeresfeuerwerker-Schule in Berlin und schloss eine Ausbildung zum Maschineningenieur erfolgreich ab. Seine Erlebnisse im Arbeiterbezirk Wedding und die dort herrschenden katastrophalen Wohnverhältnisse hinterließen bleibende Eindrücke. Eine Rückkehr ins Zivilleben wurde durch den Kriegsausbruch unmöglich, Lücke wurde als Feuerwerker und Waffenoffizier an der Ostfront und in Frankreich eingesetzt. Nachdem er 1944 in Toulouse schwer verwundet worden war, musste ihm ein Bein amputiert werden. Nach kurzer Gefangenschaft in Österreich kehrte er – inzwischen Oberleutnant – im September 1945 in seine Heimat zurück.

Im Dezember 1946 heiratete er die aus Dornbirn (Vorarlberg) stammende Rosa Fussenegger, die er 1940 in einem Braunschweiger Rüstungsbetrieb kennengelernt hatte; die Tochter eines NS-Regimegegners war hier dienstverpflichtet. Der Ehe, die Lücke immer als „seinen Lebensmittelpunkt

und privaten Zufluchtsort“ ansah, entstammten fünf Söhne und eine Tochter. Das von ihm propagierte Ideal, das Eigenheim mit Garten – die nach seiner Überzeugung „beste Eigentumsform“ –, realisierte er 1953 selbst mit seiner eigenen Familie in Bensberg; für die Presse blieb das Haus immer verschlossen.

WOHNUNGSBAU ALS ANGEWANDTE FAMILIENPOLITIK

Mit Gleichgesinnten gründete Lücke das Katholische Aufbauwerk Oberbergischer Kreis, das Hilfe zur Selbsthilfe leisten sollte. Politisch unbelastet, konnte er schon im Winter 1945 seine Tätigkeit im Landratsamt Gummersbach aufnehmen, wo er hautnah mit den Kriegsfolgen und den Problemen der Flüchtlinge und Wohnungslosen konfrontiert wurde. 1947 wurde er in Engelskirchen – einstimmig von allen Parteien – zum Amtsdirektor auf Lebenszeit ernannt, in einer Industriegemeinde, die zu etwa achtzig Prozent zerstört worden war.

Paul Lücke gehörte 1945 zu den Mitgründern der CDU im Oberbergischen Kreis; das überkonfessionell christliche Programm der Partei verband er mit seinem persönlichen Anliegen, die starken konfessionellen Gegensätze, die er in seiner Heimat als Jugendlicher erlebt hatte, zu überwinden. Die kommunalpolitischen Erfolge veranlassten die CDU, Lücke – zunächst gegen den Willen Konrad Adenauers – als Kandidaten für die Bundestagswahl 1949 zu nominieren. Er gewann seinen Wahlkreis direkt, wurde zunächst Mitglied im „Ausschuss für Wiederaufbau und Wohnungswesen“ und übernahm schon nach kurzer Zeit dessen Vorsitz. Hier agierte er mit Geschick, erwies sich als guter Vermittler und wirkte an der Entstehung der entscheidenden Wohnungsbaugesetze mit.

Gleichzeitig war er weiterhin in der katholischen Laienbewegung aktiv, war Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und lange Jahre Vizepräsident des Familienbundes der Deutschen Katholiken.

Nachdem die CDU/CSU die Bundestagswahl 1957 mit absoluter Mehrheit gewonnen hatte, berief Bundeskanzler Adenauer Lücke als ausgewiesenen Experten zum Bundesminister für Wohnungsbau in sein III. Kabinett. Eines der Hauptanliegen war die stufenweise Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft (also der aus Gründen der Wohnungsnot nach den beiden Weltkriegen verhängten gesetzlichen Beschränkungen der Verfügung über Wohnraum). Die Eingriffe in den Wohnungsmarkt, die als unmittelbare Kriegsfolge notwendig gewesen waren, sollten nun beendet werden. Zudem strebte Lücke die Verankerung eines sozialen Wohn- und Mietrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch an. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Bau familiengerechter, ausreichend großer Wohnungen waren ihm besonders wichtig, denn Wohnungsbaupolitik war in seinen Augen „angewandte

Familienpolitik“. Mit dem 1960 verabschiedeten „Lücke-Plan“ gelang es, die Wohnungswirtschaft an die Soziale Marktwirtschaft heranzuführen. Zudem unterstützte er das prämiengünstige Sparen, das einer breiten Bevölkerungsschicht ermöglichte, Eigentum zu bilden. Die Förderung von Wohnungseigentum und Grundbesitz erschien ihm als pragmatischer Weg der Stärkung und Sicherung von Demokratie.

GEGEN PARTEIENZERSPLITTERUNG

Das Angebot Adenauers, sein Nachfolger im Parteivorsitz zu werden, lehnte Lücke ebenso ab wie die Offerte, 1962 ins Bundesministerium der Verteidigung zu wechseln, da er keine bloße „Schachfigur im politischen Spiel“ sein wollte. Nachdem andere potenzielle Kandidaten abgesagt hatten, gab Lücke dem Drängen Bundeskanzler Erhards nach und wurde 1965 Bundesminister des Innern. Die Abteilung Raumordnung nahm er aus seinem alten in sein neues Ressort mit, da er sie als „praktische Gesellschaftspolitik“ verstand. Die Amtszeit im neuen Ministerium war geprägt von der Diskussion über die Verabschiedung der Notstandsgesetze, der entstehenden Außerparlamentarischen Opposition, den Folgen des Schah-Besuchs 1967 und dem Erstarken der NPD.

Eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, wie er sie in der Weimarer Republik selbst erlebt hatte, konnte in seinen Augen einzig die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts nach angelsächsischem Vorbild verhindern.

Der Weg zur Wahlrechtsänderung schien nur über eine Koalition der beiden großen Parteien möglich.

RÜCKTRITT AUS PROTEST

Schon 1962 hatte Lücke, der über gute Kontakte über Parteigrenzen hinweg verfügte, auf Wunsch Adenauers Sondierungsgespräche mit der SPD geführt. Auch in der unter Kurt Georg Kiesinger 1966 gebildeten ersten Großen Koalition setzte Lücke sein Amt mit dem Ziel fort, sein zentrales Projekt durchzusetzen. Als die SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag – entgegen der Koalitionsvereinbarung – die Entscheidung über das nicht unumstrittene Thema Wahlrechtsreform auf einen späteren Zeitpunkt verschob, trat Lücke am 28. März 1968 von seinem Amt zurück. Er hatte dies zuvor für den Fall eines Scheiterns seiner Bestrebungen angekündigt – und hielt an seinen Prinzipien fest. Vier Jahre vor seinem Tod am 10. August 1976 misslang ihm 1972 der erneute Einzug in den Bundestag, da er seinen Wahlkreis nicht mehr direkt gewinnen konnte. Als Verfechter des Mehrheitswahlrechts hatte er eine Absicherung über die Landesliste konsequent abgelehnt.